

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblattamt

Schalter-Stelle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postkassens: Frankfurt a. M. Nr. 7085.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis: 1.20 M. monatlich, 11.40 M. vierteljährlich, ohne
Traglohn; durch die Post bezogen: 1.20 M. monatlich, 11.40 M. vierteljährlich, mit
Traglohn. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die
Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Geldes.

Donnerstag, 19. Juli 1921. Nr. 330. 69. Jahrgang.

Beckler-Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Poststraße 18, Fernsprecher: Amt Jentium 11435-11437.

Dienstag, 19. Juli 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 330. 69. Jahrgang.

Voraussetzungen der Erfüllungspolitik. Sanktionen und Oberschlefen.

Trotz aller aufrichtigen Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, das Londoner Ultimatum zu erfüllen, und der rückhaltlosen Hilfsbereitschaft aller einsichtigen und vaterländisch empfindenden Kreise von Handel und Industrie, hierbei zu helfen, ist in der Haltung der Entente noch immer in den beiden wichtigsten Erfüllungsvoraussetzungen keine klare Entscheidung erkennbar. Die Sanktionen bedürfen nach wie vor in hemmender Weise die Wirtschaft Westdeutschlands. Die Schadenquellen sind sowohl in den Zollmaßnahmen wie in dem Genehmigungsverfahren zu suchen. Die beiden Schadenursachen äußern jede für sich, wie es in einer Denkschrift des Verbandes Kölner Großfirmen heißt, ihre Wirkung in zweifacher Hinsicht: in Erschwerungen des Bezugs von Waren und Rohstoffen und in Erschwerungen des Absatzes von Waren und Erzeugnissen — und zwar:

- a) als unmittelbare Schädigungen:
 1. Belastung der Rohstoffe und Erzeugnisse — vielfach beider mit den Zöllen und Emser Gebühren;
 2. Vermehrung der unproduktiven Arbeit durch die mit der Verzollung und dem Genehmigungsverfahren verbundenen Mehrarbeiten und außerordentlichen Schwierigkeiten;
- b) als mittelbare Schädigungen:
 1. Störungen des Güterverkehrs und Warenaustauschs bis zur zeitweisen völligen Störung;
 2. Vermehrung der Unkosten durch Entlohnung der mit der Erledigung der Verzollung und des Genehmigungsverfahrens betrauten Arbeiter und Angestellten sowie durch Verstärkung der Reisetätigkeit, erhöhte Lagerkosten, Konventionalstrafen wegen verspäteter Lieferungen usw.;
 3. ein starkes Wiederauftreten des Schieber- und Schmuggelhandels und hierdurch Erschwerung des Absatzes durch unfaulere, unter günstigeren Bedingungen arbeitende Konkurrenz.

Es muß eindringlich immer erneut betont werden, daß die Entente von Deutschland keine Erfüllungspolitik erwarten kann, wenn sie selbst die Voraussetzungen der Erfüllung zerstört. Je länger die zerstörenden Zerlegungen der rheinischen Zollgrenze, die Überführung des rheinischen Marktes mit fremdländischen Waren sich auswirken, um so sicherer kann behauptet werden, daß es ein erfolgloses Bemühen bleiben muß, die Verpflichtungen des Ultimatum zu erfüllen zu wollen. Bleiben die Sanktionen noch längere Zeit bestehen, so wird von Tag zu Tag die Eingriffsmöglichkeit der Entente, insbesondere Frankreichs gegenüber dem Ruhrgebiet, näher rücken. Die deutsche Außen- und Erfüllungspolitik muß sich daher jetzt, wo durch einen neuen Zollfahrplan eine weitere Schädigung des besetzten Gebietes eintritt, mit erneuter Kraft in dem Ruf zusammensenden: Fort mit den Sanktionen!

Die zweite wesentliche Voraussetzung der Erfüllung ist die Erhaltung des oberschleifischen Wirtschaftsgebietes. Nur die wenige Zahlen hier erneut die außerordentliche Bedeutung Oberschlesiens für die deutsche Wirtschaft, für ihre Leistungsfähigkeit und damit für ihre Fähigkeit zur Erfüllung kennzeichnen. Der Warenverkehr nach Oberschlesien betrug 1913 in Milliarden Goldmark aus Deutschland 310, aus dem Ausland 145; 1920 in Millionen Papiermark 3160 bzw. 2720; aus Oberschlesien erfolgte Güterversand 1913 nach Deutschland 956 (Gold), nach dem Ausland 460 (Gold); 1920 dagegen 6260 bzw. 2900 (Papier). Berücksichtigt man, daß für die Erfüllungspolitik höchste wirtschaftliche Leistungssteigerung aus eigenen, inneren deutschen Wirtschaftskräften oberstes Gebot ist und daß diese Leistungssteigerung sich besonders auf Steigerung des Exports von Gütern aus deutschen Rohstoffen und deutscher Arbeit zu konzentrieren hat, so erhalten die Ziffern der Ein- und Ausfuhr eine besondere Bedeutung. Würden die polnischen Wünsche verwirklicht, so würde die Gesamtinnotwendigkeit der deutschen Wirtschaft um 2,95 Milliarden Papiermark steigen, die Ausfuhrmöglichkeiten sich um 9,27 Milliarden Papiermark verringern. Es ist klar ersichtlich, in welchem Umfang damit die Erfüllungsmöglichkeiten zerstört würden. Beachtlich ist für die Erfüllungspolitik aber auch der Wert der steuerlichen Einkünfte Oberschlesiens. Von dem Gesamtinkommen des Reiches an Steuern in Höhe von annähernd 52 Milliarden Papiermark entfallen auf Oberschlesien 4 Milliarden. In einer Schätzung des deutschen derzeitigen Volkvermögens auf 1500 Milliarden Papiermark wird der Anteil Oberschlesiens mit 67,5 Milliarden eingeseht, bei jenem etwaigen Verlust die Gesamtschädigung des deutschen Volkvermögens auf 120 Milliarden errechnet. Schon

diese Ziffern, in Verbindung gesetzt zu dem ungeheuren finanzpolitischen Problem der Erfüllungspolitik, zeigen, daß eine Loslösung Oberschlesiens von Deutschland die Voraussetzung zur Erfüllung zerstören würde.

Es muß klar und deutlich ausgesprochen werden, daß eine sich ihrer Verantwortlichkeit bewußte Regierung die Verpflichtungen des Ultimatum nur erfüllen kann, wenn die Sanktionen fallen und bei der Entscheidung über Oberschlesien das Recht zur Anerkennung kommt.

Rücktrittsabstufen des Reichskanzlers?

Br. Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ein Berliner Montagsblatt meldet, Reichskanzler Dr. Brüning habe dem englischen Botschafter in Berlin gegenüber betont, daß sein Rücktritt unvermeidlich sei, wenn die Sanktionen im Westen nicht bald aufgehoben und die Entscheidung über Oberschlesien nicht bald zugunsten Deutschlands fallen werde. Die Meldung ist zweifellos richtig. Aber sie bedarf der Erweiterung. Nicht der Reichskanzler allein, sondern sämtliche Mitglieder seines Kabinetts sind dem Ansicht, daß sie sich nicht dauernd im Amte halten können, wenn die beiden Voraussetzungen nicht erfüllt werden, unter denen die neue Regierung ihre schwere Erfüllungsaufgabe übernehmen hat. Aufrechterhaltung der Sanktionen und schwere Enttäuschung über Oberschlesien wären gleichbedeutend mit Regierungssturz und Stärkung aller extremen Parteien, also mit Chaos.

Br. Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Berliner Montagspost hat gemeldet, daß Dr. Brüning dem englischen Botschafter gegenüber Rücktrittsabstufen geäußert habe. Wie die „Tägliche Rundschau“ hierzu erfährt, ist es richtig, daß der Reichskanzler mehrfach die Wichtigkeit der oberschleifischen Frage betont hat und daß aus dieser Auffassung der Sachlage jene Meldung entstanden ist.

Krisis in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie.

Br. Essen, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Infolge des Einflusses der Sanktionen sind in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie Betriebsbeschränkungen größeren Umfanges nicht zu umgehen gewesen. So waren zum Beispiel die Rheinischen Stahlwerke genötigt, 1/4 der Leistung des Bandenwerkes I in Duisburg zu kündigen. Auf dem Werke 3 in Duisburg arbeitet nur noch die halbe Leistung und auf dem der gleichen Firma gehörenden Weidener Werk machten Feuerstätten einzeln werden. Die Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Duisburg-Mülheim, Amtstreuhand bei anderen Unternehmen der Großindustrie sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Arbeitentlassungen größeren Umfanges werden die Folge sein.

Br. Eschurt, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Mitteldeutschland wird bei 30 Prozent ähnlicher Mittelbetriebe des Arbeiterverbandes der chemischen Industrie verurteilt gearbeitet. 28 Prozent haben bereits Entlassungen vorgenommen und 10 Prozent werden noch weitere Entlassungen vornehmen müssen. 5 Prozent rufen vollständig. Die Aufträge sind im Vergleich zum Dezember 1920 um 30 bis 35 Prozent zurückgegangen.

Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet.

Dr. Mainz, 19. Juli. (Drahtbericht.) Das hiesige französische Publikationsorgan der Rheinlandkommission, das „Echo du Rhin“, meldet, daß die Rheinlandkommission, die von der deutschen Verwaltungsbehörde verfügte Verweisung eines Schuldirektors im besetzten Gebiet widerlegt habe mit der Begründung, daß die Zurückweisung weder durch Verfehlungen im Bereiche noch durch dienstliche Unzulänglichkeiten veranlaßt worden sei, sondern einzig dadurch, daß der Betreffende korrekte Beziehungen mit den Besatzungsbehörden unterhalten habe.

Gleichzeitig bringt das Blatt eine Verlautbarung der Rheinlandkommission, wonach seit einigen Wochen im besetzten Gebiet oder aber, um sich den Zugriffen der Rheinlandkommission zu entziehen, im unbesetzten Gebiet nahe der Grenze des besetzten Gebietes hauptsächlich durch Sportvereinigungen aus dem besetzten Gebiet stark besuchte Versammlungen für nationalsozialistische Propagandazwecke abgehalten worden seien, in denen beständige Reden wegen der Notwendigkeit einer unerschütterlichen deutschen Kampfbewegung proklamiert worden sei. Andere Zusammenkünfte hätten den Charakter wahrhafter militärischer Wanderversammlungen angenommen, die als die Hauptankreife bezeichnet werden seien, aus dem besetzten Gebiet auszuweichen und mehreren ihrer Delegierten in der französischen, englischen und belgischen Zone das Recht verleiht, an Versammlungen und Kongressen teilzunehmen zu verweigern, die geeignet seien, die Sicherheit der Armee und die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Ein Luftverkehrsgebot.

Br. Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Entwurf eines Luftverkehrsgesetzes ist dem Reichstag nach Schluß noch zuzugewandt. Er betrifft alles für eine Bewegung im Luftraum bestimmte Gerät, das sich den veränderten politischen, wirtschaftlichen und luftverkehrsrechtlichen Verhältnissen an und ab der Luftfahrt die bisher noch fehlenden wesentlichen Rechtsgrundlagen. Da uns der Friedensvertrag aus, in dieser Materie verschiedene Vorschriften macht, so bedarf es der Entwurf, der im Einklang mit den Bestimmungen der Luftfahrt die Wege zu haben.

Die Brotpreis-Erhöhung.

W. T. R. Berlin, 18. Juli. Die durch die Presse gegebenen Nachrichten von der Brotpreiserhöhung haben vielfach lebhafteste Beurteilung ausgesetzt. Es erhebt sich dabei eine Auffassung über Gründe und Ziele der Erhöhung erwünscht.

In dem am 15. August 1921 zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr ist eine sehr erhebliche Brotverbilligung gegenüber den vor allem durch das heftige Auslandsgeschäft tatsächlich erzielten Einhandkosten erfolgt. Das Reich hat für diesen Zweck über 10 Milliarden Mark im Laufe des Wirtschaftsjahres aufgewendet, die es sich nur durch härtere Finanzmaßnahmen der Notenpresse beschaffen konnte und die letzten Endes wieder durch Steuern abgedeckt werden müssen. Bei der ungünstigen Finanzlage ist diesem Umfang fortzusetzen, auch in den anderen Ländern, in Italien, England und Frankreich, bestand während des Krieges und auch in den folgenden Jahren ein positiver Brotpreis, d. h. es hat eine Verbilligung des Brotes unter Zuhilfenahme von Staatsmitteln stattgefunden. In Erkenntnis der Unmöglichkeit, eine solche Wirtschaftspolitik weiterzuführen, sind diese Länder trotz weit günstigerer Finanzlage bereits dazu übergegangen, zum Teil unter Einführung der freien Wirtschaft für Brot und Getreide die Verbilligung des Brotes durch öffentliche Mittel einzustellen. Auch Deutschland muß nachdenken, da es die weit größte Belastung zu tragen hat, zu einem Abbau der Getreide- und Brotverbilligung überzugehen. Die Reichsregierung hat deswegen in Einvernehmen mit dem Reichstag, der anläßlich der Staatsberatungen mit der Frage befaßt war, eine Erhöhung des Brotpreises um etwa 50 Prozent des letzten Brotpreises ab 16. August 1921 in Aussicht genommen. Gegenüber diesem Plan hat später der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags auf Antrag des Abg. Weber eine Resolution gefaßt, die die Reichsregierung zu ersuchen, den Brotpreis im neuen Wirtschaftsjahr nicht über 40 Prozent zu erhöhen. Trotz der großen Bedenken wegen der finanziellen Auswirkungen dieser Resolution hat das Reichskabinett sich entschlossen, den Brotpreis nicht um 50 Prozent, sondern nur um 40 Prozent zu erhöhen. Bei einer solchen Steigerung des Brotpreises wird das 1900-Gramm-Brot in den Orten, in denen es bisher 5 M. gekostet hat, nunmehr einen Preis von etwa 7 M. erreichen. Auch das bedeutet noch, daß alle für die ersten 7 1/2 Monate des kommenden Wirtschaftsjahres, das ist für die Zeit vom 15. August dieses Jahres bis zum Ende des Reichshaushaltsjahres am 31. März 1922, Verbilligungsmittel des Reiches in Höhe von 3 1/2 bis 4 Milliarden Mark je nach dem Weltmarktpreis des Getreides und dem Stande der deutschen Rohstoffe zu leisten sein werden, also eine Belastung des Reiches, die neben den sonstigen finanziellen Verschärfungen außerordentlich drückend ist. Zu der in der Presse geäußerten Befürchtung, daß das rationierte Brot der Bevölkerung in schlechter Beschaffenheit verabreicht werden wird, liegt kein Anlaß vor, zumal im neuen Wirtschaftsjahr die Ertragslage fortwähren und Brot nur aus reinem Brotgetreide gebacken werden darf. Bei einer einwandfreien Verarbeitung solcher Mehlens, die durch die Kommunalbehörden und die Polizeibehörden überwacht werden wird, darf erwartet werden, daß die Bevölkerung auch das rationierte Brot in schmackhafter Zubereitung erhält.

Br. Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das „W. T. R.“ berichtet: Eine Berliner Nachrichtenstelle meldet, daß sich innerhalb der sozialistischen Gewerkschaften eine lebhafteste Erregung gegen die kommende Brotpreiserhöhung bemerkbar macht, daß eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet sei, daß die Gewerkschaften den Austritt der sozialistischen Kabinettsmitglieder fordern für den Fall, daß das Kabinett der Brotpreiserhöhung zustimmen sollte. Wie wir erfahren, ist diese Mitteilung unzutreffend. Richtig ist nur, daß sich die Gewerkschaften mit der Brotpreiserhöhung beschäftigen und auch darüber Erwägungen angestellt haben, welchen Einfluß die Erhöhung, falls das Reichskabinett zustimmen sollte, evtl. auf die bestehenden Tarifverträge ausüben würde.

Die Besteuerung der Luftbarkeiten.

Br. Berlin, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das soeben veröffentlichte Reichsgesetz über die Besteuerung der Luftbarkeiten aller Art ist allgemein, auch denjenigen Kreisen die Not des Vaterlandes zum Bewußtsein zu bringen, die bisher noch wenig davon merken ließen. Luftbarkeiten fast aller Art und sämtliche Vergnügungen, die mit Wettbetrieben, Totalkabinen oder Tansen verbunden sind, auch wenn sie als Wohltätigkeitsveranstaltungen auftreten, werden grundsätzlich versteuert. Die Steuer wird auf die Einzelpreise erhoben, die mit dem Aufwand des Eintrittsgeldes versehen sein muß, und beträgt bei Karten bis 3 M. einschließlich 10 Prozent, bis 5 M. 15 Prozent, bis 10 M. 20 Prozent. Falls bei den Veranstaltungen der künstlerische oder volkstümliche Charakter überwiegt, kann die Steuer bis zur Hälfte ermäßigt werden, aber nur dann, wenn nicht verlangt wird und Speisen oder Getränke nicht verabreicht werden. Dierher gehören Vorstellungen, Tanzdarbietungen, Puppen- und Marionetten-Vorstellungen. Die Steuer wird für jede besondere Vorstellung im gleichen Raum am gleichen Tage erhoben. Künstlich hochgehende Darbietungen werden nur zu einer Steuer von 10 Prozent des Bruttoertrages herangezogen. Dasselbe gilt für die neue Steuer nicht nur ihren finanziellen, sondern auch ihren erzieherischen Zweck.

Zusammentritt des Ausschusses für direkte Besteuerung
Dr. Berlin, 19. Juli. Am Mittwoch und Donnerstag wird laut „Vol. Bl.“ der Ausschuss für die direkte Besteuerung zusammentreten, dem die Steuererlässe der Reichsregierung zur Beachtung vorzulegen werden sollen. Der Ausschuss wird sich zunächst mit einem Antrag der Arbeitgeber-Gruppe bezüglich der Steuererfassung der Gewerbesteuer beschäftigen.

Die deutschen Zahlungen.

Dz. Paris, 18. Juli. Über die von Deutschland in Aus-

führung des Zahlungsplanes geleisteten Zahlungen wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht:

Die deutsche Regierung bietet der Reparationskommission eine neue Zahlung im Betrage von ungefähr 31 Millionen Goldmark in europäischen Werten an.

Die Zahlung wird zur Amortisation der Reichsschulden verwendet, die in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes ausständig sind. Die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Ausführung des genannten Artikels ist folgende:

Zahlung auf drei Monate, Ende Mai übergeben 839 573 000 Markzahlungen zur Vervollständigung der

Wiederbezahlung der Reparationskommission 1 000 000 000 Zusammen 1 839 573 000

Deutschland zahlt für Amortisation der Tratten die Summe von 114 949 690 Goldmark, mit Einschluß der soeben geleisteten Zahlung von 31 Millionen Goldmark, wodurch die Gesamtsumme der Zahlungen von Mai ab auf 160 427 000 + 114 949 690 = 275 376 690 Goldmark gebracht wird.

Die obigen Zahlen bleiben eventuell kleinen Veränderungen unterworfen. Außerdem stellt die Reparationskommission jedoch die Reparationskommission davon in Kenntnis, daß die deutsche Regierung eine abermäßigte Zahlung von 41 Millionen Goldmark in verschiedenen europäischen Werten anbietet.

D. Weisfel, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der belgische Finanzminister ist gestern nach London abgereist, um sich mit dem englischen Finanzminister zu treffen. Die Beratung der beiden Finanzminister bildet die Frage der Verteilung der deutschen Zahlungen.

Reparationsverhandlungen und Reichswirtschaftsrat.

Dr. Berlin, 19. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates hatte für Dienstag eine Sitzung vorzubereiten, in der über die Verhandlungen in Paris Bericht erstattet werden sollte.

Da aber die Berichtspräsentation an diesem Tage noch nicht erfolgen kann, ist die Sitzung auf Mittwoch, den 27. Juli, vertagt worden.

Eine angebliche französische Note über die Leipziger Prozesse.

Dr. Berlin, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Meldung des „Echo de Paris“ berichtet von einer französischen Note an Deutschland, in der angeblich die Anerkennung der Leipziger Urteile verweigert wird und die Übernahme der auf Grund der französischen Liste aufzuführenden Prozesse durch die französische Justiz angefordert wird.

Wie wir an zuverlässiger Stelle erfahren, ist eine derartige Note bis jetzt noch nicht eingetroffen.

Dr. London, 19. Juli. Auf eine Anfrage Bottomleys im Unterhaus, ob die Regierung eine Mitteilung der französischen Regierung, betr. der Leipziger Prozesse, erhalten habe, wurde von dem Generalsekretär des Unterhauses geantwortet.

Bottomley fragte weiter, ob dem Generalsekretär bekannt sei, daß Briand im französischen Senat erklärt habe, bei der englischen Regierung ernstliche Vorstellungen zu erheben. Der Generalsekretär erwiderte, dies sei ihm unbekannt gewesen. Bottomley verlor sich in eine Abfolge von Fragen.

Dr. London, 19. Juli. Der Parlamentskorrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Das Unterhausmitglied Cowther habe eine große Anzahl von Unterschriften zur Unterstützung eines Antrages gesammelt, der dem Unterhaus vorgelegt werden solle. Nach dem Antrage soll das Haus keine Anzuchtigkeit mit dem Ergebnis der Leipziger Prozesse ausstellen und die Regierung auffordern, Schritte zu unternehmen, um die Bestimmungen des Versailleser Vertrages zur Anwendung zu bringen.

Vertagung der Abrüstungskommission des Völkerbundes.

D. Paris, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterabteilung der Abrüstungskommission des Völkerbundes haben sich nach Bestellung der Vorsitzenden und Berichterstatter auf den 1. September vertagt. Die Kommission hat also gegenwärtig ihre Arbeiten eingestellt und es bleibt dabei, daß praktisch genommen insofern der amerikanischen Einladung zur Konferenz in Washington die Session der Abrüstungskommission verschoben wurde.

Der Kommissionspräsident Bissani hat der Presse Mitteilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß die Vertagung auf den 1. September tatsächlich eine Verschiebung der Session bedeutet insofern der Washingtoner Konferenz. Bissani sagte, es sei aus Höflichkeitserwägungen nicht im Plane gewesen, ohne weiteres auszusagen, nachdem man alle Mitglieder der Kommission nach Paris berufen hatte. Wenn die Einladung des Präsidenten Harding einige Wochen früher gekommen wäre, so würde es wahrscheinlich auch zu dieser Konferenz nicht gekommen sein. Die Session sei schon im September 1920 einberufen worden.

Der neue preussische Adler.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Wir haben einen neuen Adler für das preussische Wappen! Nachdem das Reich schon seit langem Verhände zur Schöpfung solch eines zeitgemäßen Wappentieres unternommen und erst den „adamen“ Adler des alten Emil Doepler d. J. und dann den „wilden“ des Expressionisten Schmidt-Rottluff wählte, ist man in Preußen ganz stille bei der Arbeit geblieben und hat nun ein würdiges vornehmtes Hobbetier geschaffen, das ein Beschluß der Staatsregierung annahm. Über die Entstehung und Geschichte dieses nicht unwichtigen Symbols berichtet der bekannte Kunsthistoriker Geh. Rat Wachold in einem Vortrag, zu dem am Freitag nach dem Sitzungssaal des Ministeriums des Innern eingeladen worden war.

Der preussische Adler war nach der Revolution wegen der königlichen Insignien, die das Tier auf dem Kopf und in den Krallen trug, nicht mehr möglich. Da aber nun ein Staat zur offiziellen Gültigkeitserklärung seiner amtlichen Schriftstücke eines Wappens und Stempels bedarf, so wählte man alle möglichen Wege und Auswege, und es entstand eine Wirnis und Wildnis, die viel beklagt worden ist. Dabei befaßte die preussische Regierung dem Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gezielte Entwürfe für ein neues Hobbetier vorzulegen, und mit dieser Aufgabe wurde dann Geh. Rat Wachold betraut. Er wählte nicht den kostspieligen, zeitraubenden und fragwürdigen Weg eines allgemeinen Wettbewerbs, wie ihn das Reich eingeschlagen hatte, sondern er wandte sich an eine Reihe hervorragender Künstler, von denen er erwarten war, daß sie das Beste schaffen würden, ein Meister der Tierdarstellung wie Gaul, der wegen Krankheit allerdings ablehnte, an bekannte Verabtreter, wie Otto Sany und Emil Doepler d. J., die bereits für das Reich Wappen entworfen hatten, dann an den tüchtigen Wappenkünstler Prof. Ruckmann und einige moderne Grabstiler, wie E. A. Reich, Hans Fischer und Hermann Eich. Den Künstlern wurde freie Hand gelassen. Das einzige, was gefordert wurde, war, daß ein Adler dargestellt wurde, denn von diesem ruhmwürdigen Rappenvogel, der durch Jahrhunderte mit der preussischen Geschichte eng verbunden ist, wollte man nicht abgehen. Es wäre ja auch eine absurde Idee gewesen, daß nun jeder auf eigene Faust ein Staatswappen erfinden sollte, das nur durch lange Tradition allmählich aus dem Bewußtsein eines Volkes herauswächst. Praktische Erwägungen ergaben dann aber noch weitere notwendige Beschränkungen. Das erkannte z. B. auch Otto Sany, indem er schrieb, er könne nur einen bestimmten Adler zeichnen und wisse nicht, wie sich dieser dann

Zunehmende englisch-französische Spannung.

Dz. London, 19. Juli. „Daily Express“ berichtet, von

zufälliger Seite zu hören, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die schlesische Frage eine zunehmende Spannung eintritt. Die britische Regierung weigert sich rundweg, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, die schnelle Regelung der oberschlesischen Frage sei nach wie vor erforderlich. Indessen sei zuzugeben, daß die Lage, wie sie in der französischen Note geschildert werde, ein vorübergehendes energisches Auftreten von Seiten der Alliierten erfordere. Jedoch müßte betont werden, daß auf jeden Fall ein enger Zusammenwirken zwischen Frankreich und England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times“ bedauert lebhaft, daß im vorliegenden Falle die Alliierten durch irgendwelche unerklärlichen Fehler in der diplomatischen Maschinerie verhindert worden seien, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, so wie ihn die gegenwärtige beklagte Lage erfordert.

Dz. London, 19. Juli. Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die französische Antwort auf das englische Erlaßchen betreffs der Einberufung des Obersten Rates zur Regelung der oberschlesischen Frage rief in amtlichen Kreisen in London große Enttäuschung hervor. Die Pariser Meldung, daß Briand den englischen Vorschlag wegen Ernennung eines Sachverständigenausschusses angenommen habe, wird hier als sonderbar angesehen, weil es sich dabei tatsächlich um einen Vorschlag Briands handelte. Ein solcher Ausschuß könnte keine Aufgabe lösen, die bis zum Monatsende erfüllt. Der Generalsekretär der Regierung der Frage bis September aufzuschieben, wird in England für sehr gefährlich gehalten. Die energischen Resolutionen, die im auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer angenommen wurden, der Anlaß zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten, da sie eine Verleugnung für die französische Regierung bilden. Ebenfalls wie die oberschlesische Frage kann die Frage der Zwangsmaßnahmen am Rhein aufgeschoben werden.

Dz. London, 19. Juli. In Antwort auf verschiedene Anfragen erklärte der Ministerpräsident im Unterhaus, daß der Oberste Rat sich in seiner nächsten Tagung mit der Frage der Zurücknahme der Sanktionen und der Aufhebung der Zolltarife am Rhein beschäftigen werde.

Englische Pressestimmen.

Dz. London, 19. Juli. „Evening Standard“ schreibt zu der französischen Mitteilung, betr. Oberschlesien, offenbar pläne Frankreich wieder ein vollwertiges Vorgehen. Die französische Mitteilung besage, Frankreich schlage die Entsendung von Verstärkungen vor und biete die Abwendung einer Division an. Nach einer Berliner Meldung aber sei der deutschen Regierung bereits mitgeteilt worden, daß ein solches Vorgehen ohne Aussicht auf Erfolg sei. Das Blatt sagt, der Krieg sei doch bereits seit drei Jahren zu Ende; unter diesen Umständen erhebe das Argument, daß die Technik keine ausreichende Zeit gehabt hätte, abzulassen. Es sei gefährlich, bei der deutschen Regierung und besonders bei den Führern der deutschen Irregulären den Eindruck zu erwecken, daß Frankreich auf eigene Faust vorrücke. Deshalb müsse Frankreich ebenso höflich wie ernstlich darauf sinowien werden, daß der einzige Weg in einem gemeinsamen Vorgehen der Alliierten liege und daß dieses Vorgehen auf die sofortige entgeltliche Regelung der oberschlesischen Frage abzielen müsse.

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Die Entsendung neuer Truppen, um die Deutschen in Ordnung zu halten, bringt uns der Lösung nicht näher, wenn nicht die gleichen Maßnahmen gegen Polen angewendet werden. Die erneute Zusammenkunft von Sachverständigen kann nur den Erfolg haben, eine neue Verzögerung herbeizuführen. Ein Kompromiß zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt ist befürchtet, daß das Gebiet dadurch auseinandergerissen würde, das wirtschaftlich zusammengehört. Aber es ist doch besser als die anabwendende Ungewißheit. Das Blatt fragt zum Schluß, ob vielleicht die oberschlesische Frage, die Frage der Sanktionen und die Frage des Vertrages von Sevres bis zur Abrüstungskonferenz unverschieden bleiben sollten und ob auf dieser Konferenz die Rumpfs des Obersten Rates fortgesetzt werden sollten. Das Blatt richtet einen klaren Appell an Frankreich und England, einig nach Washington zu gehen.

General Veronds Sommerurlaub.

Dz. Berlin, 19. Juli. Das „B. T.“ hört, General Verond gedenke, sich in den nächsten Tagen auf Sommerurlaub zu begeben. Nach dem Blatt soll Verond in dieser Form ein annehmbarer Abgang gesichert werden.

Vorbereitungen für den vierten polnischen Aufstand.

Dr. Berlin, 19. Juli. In der vorläufigen Antwort, die der Minister des Innern Dr. Rosen auf die Eröffnungen der französischen Regierung über die Lage in Oberschlesien und der daraus abgeleiteten französischen Forderungen gab, wurde auch Bezug genommen auf die Unterredung des Ministers mit dem französischen Botschafter vom 7. Juli, auf welcher Dr. Rosen einen Großindustriellen aus dem südlichen Oberschlesien hinzugezogen hatte, der dem französischen Botschafter als Augenzeuge einige sachliche Angaben über die wahre Lage im Lande machte und denen u. a. zu entnehmen ist:

Korjanty steht es besser als vor dem Abkommen mit Kerjanty wegen der Räumung, weil große Straßen von polnischen Insurgenten frei sind und man ungehindert auf ihnen verkehren kann. Polnische Insurgenten sind nach wie vor teils in der Nähe der geräumten Orte, z. B. dicht bei Kattowitz, teils auch in den Orten verblieben oder in Orte zurückgekehrt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollten. So sind polnische Insurgenten, welche aus dem nördlichen Teil von Königshütte abgedrängt wurden, schon nach wenigen Stunden in diesen Stadtteil wieder zurückgekehrt. Auch am Montag machten sie sich durch die Verkleidung von Beamten unliebsam bemerkbar. Die Behörden der polnischen Insurgenten bleiben nach wie vor in Funktion. Sie erheben Steuern, heben junge Leute vor in Militär aus und verweigern den ordentlichen deutschen Behörden den Gehorsam. Ein Teil der polnischen Insurgenten ist nach Polen abtransportiert worden, um dort militärisch ausgebildet zu werden und dann nach ihrer Heimat, nach Oberschlesien, zurückzuführen. Sie sollen als Stammformationen für den geplanten vierten Aufstand dienen. Ein anderer Teil der polnischen Insurgenten bleibt in Oberschlesien und sammelt sich an vereinbarten Stellen, wo Verstärkungen herangezogen werden. Da die ganze Organisation der polnischen Insurgenten noch funktionsfähig ist, so ist die Organisation für den vierten Aufstand bereit, und dieser kann jeden Augenblick losbrechen. So weit mir bekannt ist, weiß unter dem Schutz des Amnestieerlasses Korjanty noch in Schoppinik, also im Abstimmungsgediet, in Oberschlesien zweifelnd niemand davon, daß der vierte Aufstand mit aller Energie und unter Mitwirkung polnischer Insurgenten vorbereitet wird und jederzeit ausbrechen kann. In diesem Falle ist die deutsche Bevölkerung der Schreckensherrschaft der polnischen Insurgenten schutzlos preisgegeben, da ja bis dahin der deutsche Selbstschutz nicht mehr bestehen wird.

Korjanty in Paris.

Dr. Paris, 19. Juli. (Drahtbericht.) Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, ist Korjanty gestern vormittag in Paris angekommen. Er beabsichtigt, einige Tage dort zu bleiben. Korjanty ist nicht in einem Hotel abgeblieben, sondern in einer Privatwohnung, die ihm in Paris zur Verfügung gestellt wurde. Er hatte einen großen Umweg angetreten, um die Reise über die Tscheko-Slowakei, Österreich und die Schweiz zu machen. Dem Vertreter einer Nachrichtenagentur sagte Korjanty, Oberschlesien sei beunruhigt, sein wirtschaftliches Leben leide, weil niemand etwas unternehmen wolle, so lange Deutschland die Zukunft des Landes bedrohe. Nur der Oberste Rat könne entscheiden und sich Gehör verschaffen. Polen habe die Überzeugung, daß die Frage gerecht gelöst werde, indem er sich an das Ergebnis der Volksabstimmung halte. Korjanty erklärte sich überzeugt, daß, wenn die Alliierten so handeln würden, die Deutschen ruhig blieben.

Die englisch-irischen Verhandlungen.

Dz. London, 19. Juli. Dr. Balera hatte gestern nachmittag in Downing Street seine dritte Besprechung mit Lloyd George.

Die nächste Unterredung zwischen Lloyd George und Dr. Balera ist auf Donnerstag festgesetzt worden, da vorher zwei dringende Sitzungen der Reichskonferenz abgehalten werden müssen. Der Premierminister von Canada wird am Donnerstag die Heimreise antreten.

Dz. London, 19. Juli. „Daily Chronicle“ meldet, daß die geistigen Besprechungen Lloyd Georges mit Dr. Balera an den Kabinettsmitgliedern von Ulster die Lösung des irischen Problems nicht gefördert hätten. Als jetzt bei keine Grundlage gefunden worden, die zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter Nord- und Südirlands mit der englischen Regierung führen könnten, Lloyd George halte die Lage insofern nicht für aussichtslos und hoffe, daß noch eine Einigung gefunden werden könne.

Dz. London, 18. Juli. Dr. Balera gab eine Erklärung ab, in der er sagte, er habe nur eine Forderung aufzustellen, nämlich die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des irischen Volkes.

Aus Kunst und Leben.

Der Professortitel. Halbamtlich wird gemeldet: Seit Inkrafttreten der neuen Reichsverfassung, die die Verleihung von Titeln abschließt, hat auch die Vergebung des Professortitels an Privatdozenten grundtätig unterbleiben müssen. Dieser Umstand hat eine große Zahl von Privatdozenten, namentlich diejenigen, die ohnedies durch den Krieg in ihrer Laufbahn beeinträchtigt worden sind, empfindlich betroffen. Der preussische Kultusminister hat sich deshalb entschlossen, an Stelle der früheren Verleihung des Professortitels in Übereinstimmung mit einer auch in anderen deutschen Ländern bestehenden Praxis die Dienstbezeichnung als „außerordentlicher Professor“ vorzunehmen. Mit dieser Bezeichnung sollen sämtliche Privatdozenten belassen werden, die nach ihren Erfolgen in Lehre und Forschung den Anforderungen genügen, die an die Inhaber vollamtlicher akademischer Lehrstühle gestellt werden. Für die klare Durchführung des leitenden Gedankens ist die ausnahmslose Innehaltung einer Bewährungsfrist notwendige Vorbedingung. Es kann angenommen werden, daß im Normalfall eine sechsjährige Bewährungsfrist erforderlich und ausreichend sein wird. Vor Ablauf von 6 Jahren seit der Habilitation sind Anträge auf Verleihung der Amtsbezeichnung als außerordentlicher Professor dabei nicht zu stellen. Den Fälligkeiten bleibt es jederzeit unbenommen, die Staatsregierung auf längere, besonders ausgezeichnete Privatdozenten hinzuweisen oder solche Gelehrte bei Berufungsvorschlägen zu berücksichtigen.

Kleine Chronik.

Wissenschaft und Technik. Der Historiker Hermann Herre, besonders bekannt durch seine mittelalterlichen Forschungen, ist 67jährig, in München gestorben. — Die Ausstellung für Wasserkräfte und Energie in München 1921, ist bis einschließlich 24. Juli verlängert worden. Eine nochmalige Verlängerung der Ausstellung ist nicht möglich, weil die Abteilung Wasserkraft sofort am 25. Juli abgebaut und nach Berlin verpackt werden muß, wo sie als Wanderausstellung in der technischen Hochschule Charlottenburg für längere Zeit zur Schau gestellt wird. — Der bedeutendste Kirchenhistoriker der Gegenwart, der Münchener Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Alois Knöpfer, ist nach 14tägiger Krankheit gestorben. Knöpfer hat eine Reihe von Werken aus dem Gebiet der katholischen Kirchengeschichte veröffentlicht.

Dr. P. L.

Wiesbadener Nachrichten.

Krankenhausstatistik der Heilanstalten Preußens.

Im Jahre 1918 wurden in den 2190 Anstalten Preußens 1.500.903 Kranke verpflegt (1917 1.452.378). Die Zunahme beträgt demnach 38.525; in diese Zahl sind die ver- und kranken Militärpersonen nicht mit eingeschlossen. An Betten standen zur Verfügung 196.063 (1917 191.762); ihre Zahl hat sich also um 5301 vermehrt. Auf 10.000 Einwohner kamen 46,22 Betten gegen 45,20 im Jahre 1917. Höher als die Staatsziffer (41,22) stellt sich die entsprechende Verhältniszahl in 12 Regierungsbezirken und in dem Stadtkreis Berlin, niedriger blieb sie in 24 Regierungsbezirken. Die Zahl der Betten, auf 10.000 Einwohner berechnet, zeigt nach den einzelnen Regierungsbezirken diese Reihenfolge: Köln 88,21, Münster 87,48, Arnberg 71,89, Düsseldorf 69,28, Osnabrück 61,14, Stadtkreis Berlin 58,21, Wiesbaden 57,43, Koblenz 57,21, Breslau 56,91, Silesien 55,46, Minden 55,27, Aachen 53,06, Trier 46,44, Potsdam 43,88, Liegnitz 40,24, Königsberg 39,30, Siemaringen 38,02, Danzig 37,84, Hannover 37,27, Erfurt 36,45, Kassel 35,34, Schleswig 34,20, Magdeburg 33,80, Aachen 31,69, Stuttgart 31,29, Frankfurt 31,02, Osnabrück 30,72, Lüneburg 29,52, Wehrburg 27,93, Köln 26,65, Stade 25,44, Marienwerder 23,20, Straßburg 20,90, Allenstein 17,59, Gumbinnen 16,70, Völn 16,13 und Bromberg 14,72. Die Tabelle zeigt weiter, daß in sämtlichen Anstalten auf 1 Bett 7,91 Verpflegte kamen (1917 7,57). Die Verpflegungsdauer betrug 28,9 Tage im Staatsdurchschnitt gegen 29,3 im Jahre 1917 und 29,4 im Jahre 1918. Von je 1000 Behandelten litten an übertragbaren Krankheiten 293,53 (1917 293,54), an Krankheiten der Verdauungsorgane 118,45 (135,62), an Krankheiten der äußeren Bedeckungen 118,64 (127,28), an Verletzungen 86,58 (106,40), an Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane 84,82 (83,97), der Atmungsorgane 78,80 (68,31), an sonstigen allgemeinen Krankheiten 62,42 (67,08), an Krankheiten der Bewegungsorgane 37,77 (43,26), des Nervensystems 34,01 (39,55), der Kreislauforgane 29,74 (34,86), an Entzündungskrankheiten 18,96 (18,39), an Krankheiten der Augen 12,56 (11,17), der Ohren 10,62 (10,60) und an anderen sowie unbestimmten Krankheiten 17,21 (14,08). Gestorben sind in den allgemeinen Heilanstalten während des Berichtsjahres 127.157 (110.421), oder 81,99 pro Tausend der Behandelten. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden führt die Statistik 84 Anstalten mit 7177 Betten auf, in denen 24.109 männliche und 36.445 weibliche Personen verpflegt wurden.

Der Zollfahrplan für das besetzte Gebiet. Auf Verlangen der Besatzungsbehörde wird am 20. Juli d. J. im besetzten Gebiet der sogenannte Zollfahrplan eingeführt. Durch Einarbeitung längerer Zollaufenthalte auf den Überwachungsstationen der Rheinzoll-Linie treten wesentliche Änderungen im Fahrplan der Schnell- und Personenzüge ein, die teilweise die Aufgabe bisher bestehender Anschlüsse im besetzten und unbesetzten Gebiet zur Folge haben. Der amtliche Taschenfahrplan für den Eisenbahndirektionsbezirk Mainz und der Ausbaugefahrplan erscheinen im Neudruck. Der neue Fahrplan kann auf den Stationen bereits eingesehen werden. Da auf die Wiederaufhebung der Zollgrenze und damit auch des Zollfahrplans gehofft wird, so wird die Aufbewahrung der bisher gültigen Taschenfahrpläne und Ausbaugefahrpläne empfohlen. Anträge auf Abänderung des Zollfahrplans können vorerst nicht berücksichtigt werden, sie sind deshalb zwecklos. Die durch die eingehende Zollrevision hervorgerufene Verzögerung dürfte, wie wir erfahren, etwa 20 Minuten betragen.

Gedenkbuch der gefallenen Söhne unserer engeren Heimat. Der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat beschlossen, sich an dem vom Verein für Nassauische Altertums- und Geschichtsforschung geplanten Werk eines Gedenkbuches der gefallenen Söhne unserer engeren Heimat zu beteiligen und hat das Stadtkommando nach dem vorgelegten Plan mit der Ausführung beauftragt. Die Arbeiten sind jetzt so weit vorgeschritten, daß aus den Akten des Standesamts zu gewinnende Material größtenteils verwertet ist. Um mögliche Vollständigkeit zu erzielen, werden die Angehörigen der Gefallenen hierdurch gebeten, sich von der Richtigkeit der Einträge an Ort und Stelle zu überzeugen und ergänzende Nachrichten an die unten bezeichnete amtliche Stelle gelangen zu lassen. Die Aufnahme in das Werk erfolgt kostenlos. Es wird von jedem Gefallenen vermerkt: Namen, Geburtsort, Tag und Jahr, Name und Stand der Eltern, Konfession, Schulbildung, Beruf, Beteiligung am Weltkriege, militärische Ehrenzeichen, Ort und Tag des Todes, Sprechstunden im Stadtkommando, Rathaus, Zimmer 62, täglich von 10 bis 12 Uhr.

Vom Wiesbadener Schlachtlammmarkt. Am gestrigen Markt, der einen Zutrieb von 233 Lämmern, darunter 50 Döseln, 21 Bullen und 162 Kühe und Färsen, 374 Rälbern, 198 Schafen, 286 Schweinen zeigte, herrschte ein ruhiger Geschäftsgang. Die Preise waren mit Ausnahme von Kühen und Färsen sowie Schweinen, außer Fettschweinen über 3 Zentner Lebendgewicht, nachgebeud. Langsam wurde Großvieh, Schweine und Kleinvieh geräumt. Da die Preise für Großvieh und Kleinvieh in den letzten Wochen wichen, dürften auch die Metzger- und Wurstpreise mit den Einkaufspreisen in Einklang bringen, zumal die Hauptpreise stark oben halten. Man notierte: Döseln: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 700 bis 775 M., und die noch nicht gezogen haben 650 bis 725 M., junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 500 bis 550 M.; Bullen: vollfleischige, nicht ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 500 bis 550 M., vollfleischige, ausgewachsene 450 bis 500 M.; Färsen und Kühe: vollfleischige, ausgewästete Färsen höchsten Schlachtwerts 700 bis 775 M., vollfleischige ausgewästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 600 bis 650 M., wenig an entwickelte Färsen 500 bis 550 M., und ältere ausgewästete Kühe und wenig an entwickelte jüngere Kühe 400 bis 450 M., mäßig genährte Kühe und Färsen 300 bis 350 M., gering genährte Kühe und Färsen 250 bis 300 M.; Rälber: feinste Rastlälber 700 bis 775 M., mittlere Rastlälber und beste Sauatlälber 600 bis 675 M., geringere Rastlälber und gute Sauatlälber 500 bis 600 M., geringe Sauatlälber 400 bis 500 M.; Schafe: Weidemastschafe: Rastlälber und Rastlälber 450 bis 500 M., geringe Rastlälber und Schafe 400 bis 450 M.; Schweine: vollfleischige Schweine von 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht 1100 bis 1175 M., vollfleischige Schweine unter 160 Pfund Lebendgewicht 1050 bis 1100 M., vollfleischige von 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht 1100 bis 1150 M., vollfleischige von 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht 1050 bis 1100 M., Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht 950 bis 1000 M., Alles pro 100 Pfund Lebendgewicht.

Die langanhaltende Dürre droht, wie uns von landwirtschaftlicher Seite gekündigt wird, nachgerade für unseren Bezirk zu einer Katastrophe zu werden. Der größte Teil des Getreides ist nicht eifrig geworden; der Körnerertrag ist infolgedessen sehr gering, zumal, da es in diesem Jahre an der nötigen Winterfeuchtigkeit gefehlt hat. Beim Roggen dürfte der Ertrag kaum 6 Zentner je Morgen übersteigen. Bei Gerste, Hafer und Weizen ist der Ernteertrag teilweise noch geringer. Noch viel schlimmer als beim Getreide liegen die Verhältnisse für die Futterpflanzen. Der erste Kleinschnitt ist längst beendet; ein zweiter ist infolge der Trockenheit nicht nachgewachsen. Weizen, Weiden und Kleesäcker sind vollständig oedert. Die Landwirte sind gezwun-

gen, einen Teil ihres Viehviehs abzuschaffen, da es an dem nötigen Futter fehlt. Viehfrucht mehren sich schon mit der Raubfütterung beginnen; die Milchergiebigkeit der Tiere hat infolgedessen stark nachgelassen. Das Gemüse, wie Bohnen, Erbsen, Karotten usw., geht von Tag zu Tag mehr zurück. Die Frühkartoffelernte liefert fast keinen Ertrag, da sich die Knollen bei der Trockenheit nicht entwickeln konnten. Auch das Obst, das von den Frühjahrsfröhen noch nicht vernichtet war, ist stark gefährdet, da die Früchte bei der starken Hitze und der Trockenheit frühzeitig abfallen. So gar das Laub hängt an, gelb zu werden. Wenn nicht bald ein ausgiebiger Regen fällt — ein Gewitterregen kann bei der fürchtbaren Trockenheit nur wenig nützen —, dürfte auch die Spätkartoffelernte nur einen geringen Ertrag bringen.

Frachtpreise in Frankfurt a. M. Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt am 19. Juli mit: Zwecks Aufarbeitung von Laenerresten wird bei den Güterabfertigungen Frankfurt-Hauptbahnhof, Ost. Süd und West vom 20. bis 22. Juli kein Frachttarifgut zum Versand angenommen.

Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel Frankfurt a. M. Man schreibt uns: Die diesjährige Hauptversammlung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, E. V., in Berlin, ist verbunden mit der Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel. Beide Veranstaltungen, in den Tagen des 21. bis 27. August d. J. in Frankfurt a. M., versprechen einen großartigen Verlauf. Aus der inhaltreichen Tagesordnung der Hauptversammlung sind folgende die weitesten Kreise interessierenden Punkte besonders hervorzuheben: Aber das kommende Nahrungsmittelek spricht Professor Dr. Jadenack (Berlin). Die Notwendigkeit der Verleihung des öffentlichen Rechts an die Berufsorganisationen des Handels wird von Dr. Müller (Köln) behandelt werden. Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Hiffer (Stuttgart) wird die Stellung des Einzelhändlers gegenüber den Konsumvereinen in seinem Vortrag erläutern. Auch die Frage der Berufsberatung wird nicht außer acht gelassen werden. Hierüber wird Dr. Wachler (Braunschweig) das Hauptreferat übernehmen. Die Reichsausstellung für Kolonialwaren und Lebensmittel in der Frankfurter Festhalle wird die Tagung des Reichsverbandes mit dem unbedingt hierzu gehörigen prächtigen Rahmen umgeben.

Der Mangel an 4-Klassenwagen. Infolge der Erhöhung der Bahnpreise am 1. Juni hat eine solche Frequenz der 4. Wagenklasse einsetzt, daß der für diese Klasse vorhandene Wagenbestand nicht mehr ausreicht. Man ist deshalb in weitgehendem Maße dazu übergegangen, 3-Klassenwagen mit einem Schlaf- zu versehen und sie als Wagen 4. Güte zu benutzen. Nach Auskünften an den Frankfurter Fahrkartenskaltern ist die Benutzung der 3. Wagenklasse um über 40 Prozent zurückgegangen.

Das Ende des Notgeldes. Die Regierungspräsidenten sind nach einer neuen Verfügung des Finanzministeriums angewiesen worden, neue Ausgaben von Notgeld nur noch in solchen Gemeinden zu gestatten, wo tatsächlich ein fühlbarer Mangel an kleinen Münzen besteht. Die Ausgabe von Notgeld zu Geschäftszwecken soll mit allen Mitteln unterbunden werden. — Damit dürfte das letzte Stündlein des deutschen Notgeldes bald geschlagen werden.

Ernährungsberatung für die öffentliche Krankenpflege. Eine Ernährungsberatung ist ausansten der öffentlichen Krankenpflege und der Magdalenenstifte auf den deutschen Reichseisenbahnen eingeführt worden. Zum halben Preis werden in der 2. und 3. Klasse in Schnellzügen gegen den Zuschlag, Angehörige der inländischen weltlichen und geistlichen Vereine und Genossenschaften befördert, die sich tagungsgemäß in Ausübung ihrer Verbindlichkeit der öffentlichen Krankenpflege widmen. Dies gilt auch für Reisen zur Aussicht beim Pflanzgenuss, beim Wechsel der Stellung und zur Kur oder Erholung. Die Ernährungsberatung auch die Bestände und das Pflegepersonal der Magdalenenstifte. Nicht gewährt wird die Vergünstigung bei Reisen auf Verlangen von Privatpersonen oder zur Begleitung kranker Personen auf deren Kosten. Für die Ernährungsberatung ist ein Ausweis der Vorstände der Vereine usw. notwendig.

Rücklieferung von Kriegsgut. Gemäß Verordnung der Reichsregierung vom 6. April 1921 waren Gegenstände aller Art, die in den besetzten Gebieten Frankreichs, Belgiens, Polens, Rumaniens, Serbiens und Italiens durch behördlichen Zwang entzogen oder rechtswidrig fortgenommen oder gefunden wurden und die nach Deutschland verbracht worden sind, bis zum 1. Juni 1921 bei der Reichsrücklieferungskommission, Berlin W. 8, Potsdamer Straße 10/11, unter Vermeidung der von letzterer herausgegebenen Vorbrude anzumelden. Die Anmeldefrist ist jetzt bis zum 15. August 1921 verlängert worden. Allen Personen, welche innerhalb letzterer Frist (bis zum 15. August 1921) der ihnen obliegenden Anmeldepflicht nachkommen, wird Straffreiheit wegen Veräußerung der bisher gehaltenen, am 1. Juni 1921 abgelaufenen Frist gewährt.

Der teure Honig. Man schreibt uns: Der Bienenhonig ist ein ideales Nahrungs- und Genussmittel, er ist noch weit mehr ein Allheilmittel gegen mancherlei Krankheiten, wie jeder Mann weiß. Wie vielen unterernährten, schwächlichen Kindern, Kranken, Gebrechlichen würde der Genuß von Honig gut tun, aber seine Beschaffung ist zu kostspielig. Guter Bienenhonig kostet heute allgemein, — die Imker sind ja auch so etwas wie organisierte —, 15 M. das Pfund, das ist ungefähr der 15fache Wert gegen den der Vorkriegszeit, ja noch mehr, denn man konnte früher auch recht guten Auslands-honig kaufen zum Preise von 75 Pf. bis 80 Pf. das Pfund. Gewiß, es muß heute jeder verdienen, auch den Imkern sind größere Unkosten erwachsen, die nicht im Vergleich zu den früheren Ausgaben stehen, und sie mögen vielleicht den gegenwärtigen Verkaufspreis von 15 M. das Pfund nicht für hoch halten, haben sie doch im Krieg bei der großen Zuderknappheit bis zu 25 M. das Pfund erzielen können, aber heute liegen doch die Verhältnisse wesentlich anders. Der Imker stützt sich im allgemeinen darauf, daß der Honigpreis auch schon früher ungefähr mit dem Futterpreis gleichen Schritt hielt, aber eine solche Norm kann man heute nicht mehr gelten lassen. Futter ist ja bekanntlich auch für viele, die sich deren Genuß früher leisten konnten, ein Luxusartikel geworden, und das gleiche kann man wohl auch bei den derzeitigen Preisen vom Honig sagen. Jedenfalls ist der allgemeine von den Imkern geforderte Preis von 15 M. für das Pfund Honig, mag er der Gesundheit noch so zuträglich sein, unerwünscht, und er könnte auch ermäßigt werden, denn in diesem Sommer mit seinem ausgeprochen trockenen Charakter, der den Bienen reichlich Nahrung darbot — auch das Frühjahr war günstig — konnte man mit guter Tracht rechnen. Nachdem bei unserer schlechten Valuta an eine Einfuhr von Honig für absehbare Zeit nicht zu denken ist, wird an eine nennenswerte Senkung der Preise für unseren inländischen Honig leider auch nicht gedacht werden können, man müßte aber darauf hinwirken, daß die Bienenzuchtung bei uns in Deutschland mehr ausgebaut würde. Übrigens wird ein teilweises Nachlassen des gegenwärtig hohen Preises zweifellos eintreten, weil eben der Absatz zu wünschen übrig lassen wird.

Deutschdemokratischer Jugendbund. Am Donnerstag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, findet im Sitzungszimmer, Nidelsberg 2, der zweite Ausprobierabend über Weltanschauungsfragen statt. Von einem Mitglied der Gruppe wird ein einleitendes Referat gehalten werden. Jugendfreunde, die sich für die demokratische Jugendbewegung interessieren, sind willkommen. — Anfangs August wird der zweite Vortragabend folgen, wozu die gesamte Jugendbewegung aller Richtungen eingeladen ist.

Die Briefmarkenflut. Seit der Beendigung des Weltkrieges geht es allenthalben knapp zu. Nur in einem Punkt leistet die Menschheit sich einen Luxus, wie er bisher noch nicht dagewesen ist; in der Herausgabe neuer Briefmarken. Allein in den 8 Monaten vom 1. Oktober 1920 bis 31. Mai 1921 sind ungefähr 19.000 neue Marken bekannt geworden, ohne Berücksichtigung der Abarten.

Brandstiftungen. Gestern vormittag brach in einer Dachstube an der Schiersteiner Straße durch nicht bekannt gewordene Veranlassung ein Brand aus, welcher von der städtischen Feuerwehr unterdrückt wurde.

Überfahren. Im Schlachthof wurde heute vormittag ein an der Jahnstraße wohnender 38 Jahre alter Mann von einem Fuhrwerk angefahren. Die städtische Sanitätswache wurde herbeigerufen. Sie verbrachte den Verletzten ins St. Josefs-Hospital, von wo er jedoch bald wieder entlassen werden konnte.

Im Rhein ertranken ist am Sonntagvormittag beim Baden in der Nähe des Biederich Strandbads die 24 Jahre alte Vertraut Johanna Klüber, geb. Metz, von Biederich. Alle Versuche der Dissektion waren vergebens. Wahrscheinlich ist sie von einem Herbschlag betroffen worden. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Die Leiche des am Freitag beim Baden an der Petersau ertrunkenen 18-jährigen Lehrlings Heinrich Rink ist in Bingen gelandet worden.

Jugendgruppe der „Deutschen Nationalen Volkspartei“. Mittwoch, den 20. Juli, Abendwanderung mit der Wandhosengruppe. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bahnhofstraße. Freitag, den 22. Juli, Gründung der Jugendgruppe „Stolze“, abends 8 Uhr im „Deutschen Hause“. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Hauptbahnhof (ab 7.30 Uhr).

Deutsche Volkspartei. Die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei lädt ihre Mitglieder und Freunde zur Teilnahme an folgender Veranstaltung am Donnerstag und Freitag ein. Inoffizielles mit Mitgliedern ausrichtiger Jugendgruppen wird Donnerstagabend 8 Uhr das Karnevalsfest. Abends 8 Uhr findet in geladener Besamensein auf der Knechtsteden Platz am Freitag ein Ausflug zum Rieberwaldsee statt. Abends mit einem Rheinbummerl 9.30 Uhr vormittags ab Biederich, darauf fuhrmäßig zum Rieberwaldsee. Dort wird abgefeuert werden, und während die auswärtigen Gäste den Rhein weiter nach Koblenz hinuntersahren, lehren die Wiesbadener und Biedericher abends nach Hause zurück. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Biederichstraße 4, 1.

Der Angehörigenbund der Industriellen hat zur Wahrung der gewerkschaftlichen und sozialen Interessen seiner mehr als 3000 Mitglieder einen Kartellvertrag mit dem Gewerkschaftsbund der Angehörigen (G. D. V.), Einzelgewerkschaft, abgeschlossen.

Der holländische Dampfer „Voorland“ löste in Biederich, wie uns mitgeteilt wird, eine lebendige Leuchte Wasser-Katzen, die für Wiesbaden bestimmt sein soll.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Die Sühne des Höchster Raubmords.

Fe. Mainz, 19. Juli. Nachdem der Präsident der französischen Republik nach Prüfung des Todesurteils des Kriegsgerichts am Hauptquartier der Rheinarmee vom 27. Mai d. J. und des Revisionsgerichts vom 31. Mai gegen den Soldaten Mohamed ben Ahmed von der 1. Maschinen-gewehr-Kompanie des 63. Marokkanischen Schützenregiments in Höchst a. M. wegen Raubmord, beantragen am 5. Mai d. J. in der Nähe des Wasserwerks an der Landstraße Höchst-Eindlingen an dem bei den Höchster Farbwerken angelegten Kaufmann Burmann, von seinem Begräbnisrecht keinen Gebrauch gemacht hat, wurde der Mörder heute früh 5 1/2 Uhr auf dem „Großen Sand“ bei Mainz direkt hinter den Gonsenheimer Schießständen erschossen. Die Garnison Mainz hatte zu dem Akt von jedem Regiment Infanterie je ein Bataillon, von den Kavallerie-Regimenten je zwei Eskadrons sowie Kommandos der Artillerie, der Pioniere, des Trains, der Fliegergeschwader und der Lanzen abgeordnet. Das 63. Marokkanische Schützenregiment, dem der Mörder angehörte, war vollständig zur Stelle. Anwesend waren u. a. der Oberstaatsanwalt Vogelt aus Wiesbaden, in dessen Dienstbereich der Raubmord begangen, Polizeirat Beuth als Vertreter des beurlaubten Wiesbadener Polizeipräsidenten, vier Mitglieder der städtischen Behörden aus Höchst a. M., der Schwager des ermordeten Burmann sowie Vertreter der Presse. Punkt 5 Uhr 30 Min. trat am Richtplatz der vorher begrabene Delinquent ein, eskortiert von einer Abteilung Schützen, Küraffieren und Gendarmen. Mohamed machte einen sehr gefassten Eindruck, rauchte eine Zigarette und weigerte sich, daß man ihn an den Hals anbinde. Der Gerichtsschreiber des Kriegsgerichts verlas hierauf den Urteilsspruch. Auf Kommando alim Johann das Exekutions-Beloton, gestellt vom 63. Marokkanischen Schützenregiment, 15 Mann stark, unter Führung eines Offiziers vor und auf 20 Meter an den Mörder heran. Nachdem Hali gemacht, kommandierte der Führer Feuer, und Mohamed lag mit seinen Augen getroffen tot zu Boden. Die Truppen marschierten mit klingendem Spiel darauf an der Leiche des Mörders vorbei und nach Mainz zurück. — Der wegen Verhelfe zu lebenslänglicher Anwartschaft und Degradation verurteilte mitangeklagte Söhne Ahmed ben Mohamed ist nach Rechtskraft des Urteils zum Eintritt der Strafe nach Capenne transportiert worden.

Waffenfund.

Frankfurt a. M., 18. Juli. In einer hiesigen höheren Lehranstalt wurden am Sonntag durch die Polizei etwa 500 Gewehre aufgefunden und beschlagnahmt. Woher die Gewehre stammen, ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden.

Das Schmelzblei im Wein.

Frankfurt a. M., 18. Juli. Bei den Weinuntersuchungen ist man im Wein auf eine fast schwerfällige warme Quelle gestoßen, die zum Gefäß und in die Höhe geleitet werden soll. Aber das Wesen der jungen treibenden Wässerchen ist noch nicht näher festgestellt, da das Wasser sich sofort mit dem Wein vermengt, so daß eine abschließende Schätzung unmöglich ist. Vor zwei Jahren hat man schon an einer anderen Stelle des Flusses eine Quelle entdeckt, deren Ertrag aber sehr gering ist. Geologen haben übrigens schon vor langen Jahren die Vermutung ausgesprochen, daß das Fließblei des Rheins warme Quellen enthält.

Abkündigung der Tabaksteuer.

Frankfurt a. M., 18. Juli. Der Tabakbau an der Ruhr, der seit dem Kriege infolge seiner guten Ertragsfähigkeit in großem Umfang betrieben wurde und für die Tabakpflanzung Riesengewinne abgeworfen hat, ist in diesem Jahre sehr erheblich zurückgegangen. Die Hauptursache hierfür bildet der kurze Vegetationszeit für Kohlblat, der schon im Vorjahr wegen des Abnehmens des benachbarten Auslandsverkehrs einsetzte und jetztgeleitet weitere Fortschritte macht.

Gewitter am Rheine.

Frankfurt a. M., 18. Juli. Bei Remagen ging am Sonntag ein heftiges Gewitter mit starken Regengüssen nieder. — Remagen ist zu benetzen.

wd. Dornbach, 18. Juli. Eingeliefert wurden in Dornbach 90 (Bejahr 73), Offenbach 226 (171), Friedberg 24 (23) und Mainz 202 (121), zusammen 532 (366) Personen, wozu 226 (202) männlich und 306 (236) weiblich.

Bad Nauheim, 18. Juli. Unter der Boykottierung „Wetterauer Rühlenerzeugung, G. G. m. b. H.“ hat sich mit dem Sitz in Bad Nauheim eine Vereinigung von zehn Wetterauer Rühlern mit einer Jahresleistung von 250.000 Doppelzentner zusammenschlossen. Die Genossen haben für ihre Genossenschaft, welcher der gesamte Wetterauer Rühlenerzeugung und Verkauf der Rühlenerzeugung übertragen worden ist, mehrere Millionen Mark ausgebracht.

wd. Ober-Giesha, 18. Juli. Verbrannt ist ein 10-jähriges Mädchen infolge explodierens eines Spiritusapparates, während die Eltern auf dem Felde waren.

wd. Wiesbaden, 18. Juli. Eine Autokennung mit Bad Nauheim ist eingeleitet worden und trägt einen längeren gegenseitigen Rechtspreis-Rachman.

Sport.

Wiesbadener Motorclub, E. S. In der Besprechung auf die...

Der Mittelalter des deutschen Adersports, August Dehr, ist auf einer...

Wipplid. Die Götterwelt Wilhelm Neundorff und Frau...

Freies Sport- und Jugendfest. Am 24. Juli, vormittags 9 Uhr...

Sportfest im Berliner Stadion. Deutscher Reichsverband, 422 Km...

Bermitteltes.

Der Hypnotiseur, das Mädchen und die Ohrleige. In einem...

Das Geispenstschiff im Atlantik. Die Gerüchte über ein im...

Neues aus aller Welt.

Zusammenstoß. In der Nacht zum Montag ist im...

Reichsbanknoten im Schornstein. Beim Reinigen eines...

Zugentgleisung. In Taubensheim an der Strecke ent-

Ein Dorf in Flammen. Die „Allenstein Zeitung“ mel-

Eine vergrabene Millionenbente entdeckt. Die Danziger...

Bei der Verheiratung schon 17 Kinder. Ein Bürger in...

Wit freit. Auf dem Standesamt in Rathenow...

Handelsteil.

Berliner Börse.

8. Berlin, 18. Juli. Die Devisenkurse erfuhren eine...

Kurse vom 18. Juli 1921.

Table with columns for Staatspapiere, Bank-Aktien, Industrie-Aktien, and Div. listing various securities and their prices.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M. 18. Juli. Der Ausfall der Samstag-

Kurse vom 18. Juli.

Table with columns for Stadtanleihen und Obligationen, Industrie-Aktien, and Div. listing various securities and their prices.

Der Markkurs im Auslande. Die Markkurs zeigt heute wieder...

Wetterberichte.

Table with columns for Meteorolog. Beobachtungen der Station Wiesbaden, showing weather data for July 18, 1921.

Large advertisement for 'Betten' (beds) and 'Matratzen' (mattresses) featuring 'Dreiteilige Matratzen' and 'Metallbettstellen'.

Bekanntmachung.

Befehl!

Der Kommandierende General der Armee bringt in Erinnerung, daß gemäß früherer Bestimmungen und laut Artikel 28 der Verfügung Nr. 2 der Interalliierten Rheinlandkommission in den belegten Gebieten es den Schankwirten streng verboten ist, an die Soldaten aller Grade der französischen Besatzungstruppen Alkohol, Liköre oder sonstige oder beizuhaltende Substanzen zu verkaufen oder unentgeltlich abzugeben.

Dieses Verbot erstreckt sich auf alle Getränke mit alkoholischer Basis, wie Malaga, Portwein, Cognac, Brandy usw. aber nicht auf Wein, Apfelwein und Bier.

Insbeson. mit Rücksicht auf die vielen Fälle von Trunkenheit, die bei der Eingeborenen-Truppe gemeldet werden, wird der Verkauf von Wein an allen Soldaten afrikanischer Abkunft in der gesamten französischen Besatzungszone untersagt.

Die Schankwirte, die gegen den obigen Befehl verstoßen, werden vor die einfachen Militärgerichte gebracht werden, die zuständig sind durch die Anwendung des Artikels 6 der Verfügung Nr. 1.

Der vorliegende Befehl annulliert und ersetzt den Nr. 1552/21. D. vom 19. 1/21.

des. Desonthe.

Vorstehender Befehl wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Wiesbaden, den 19. Juli 1921.

Der Vorkommandant. J. B. Benth.

Zwangsversteigerung!

Mittwoch, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, versteigere ich

25 Heleneustraße 25

1 weiß lackiertes Ledertisch mit Stuhl, sehr schöne Tafel, Kaffee-, Zuckerkasten, Porzellan, Kaffee-, Schokolade, Kaffee-, Brot, Bäckereiprodukte, verschiedene Gläser, Gläser u. Gläser, Krüge u. dgl. m. öffentlich gegen Barsahlung.

Hupe, Gerichtsvollzieher

Adelheidstraße 17.

Rutscher-Berein Wiesbaden

Mittwoch, den 20. Juli 1921, nachmittags 4 Uhr

Sommernachtsfest mit Tanz

„Unter den Eichen“, Café Ritter.

Gute Musik, Tombola, Fackelpolende sowie reichhaltige Beisitzung für jung und alt. Auf der linken Seite.

Billige

Reisegepäck-Versicherung

1 Monat Mark 2.50 pro Tausend
3 „ „ 3.00 „ „
3 „ „ 5.— „ „ usw.

Versicherungsbüro Adolfsallee

Führ. von Massenbach und Trautmann
Adolfsallee 28. Fernsprecher 882.

Durch vollständige Reorganisation meines Geschäftsbetriebes bin ich heute mehr denn je in der Lage,

volle Garantie

für guten Sitz und sorgfältigste Verarbeitung meiner

Maßanzüge

zu übernehmen. Die bekannt billigen Preise bleiben bestehen. Zwanglose Besichtigung meines reichhaltigen Stofflagers erbeten.

Maßanzüge aus guten Stoffen von 550.— Mk. an.

EW. WENZEL

Generalvertreter von Lausitzer Tuchfabriken.
Zweigniederlassung Wiesbaden.

Kaiser-Friedrich-Ring 30, T. 1297

Bitte beachten Sie mein preiswertes Schaufenster!!

**Umpress-Anstalt u. Modes
Lore Schmidt-Heinze**

Wiesbaden, Rheingauer Str. 11, Laden gleich hinter der Ringkirche.

Schuhsohlen halten 9 Monate

Nicht kaputt zu kriegen.

Unser Goliathleder ist gesetzl. geschützt, vielfach patentiert und das beste Kernleder der Gegenwart. Unversleißbar und wasserdicht. Nur bei uns zu haben. Jede Reparatur in 1 Tag.

Herrensohlen, fertig aufgemacht, von 28 Mk. an

Damensohlen, 25

Verkauf von Leder zum Selbstaufmachen.

Kleine Reparaturen, Steppereien sofort und billig.

Gummisohlen für Damen . . . Mk. 16.—

Gummisohlen für Herren . . . 18.—

aufvulkanisiert, nicht genagelt.

Gummiabätze billig und gut.

Werden sofort aufgemacht. Man kann darauf warten.

Goliath-Schuhgesellschaft
nur Coulinstraße 3. — Telefon 6974.

Wohndesign-Einrichtungen



Unser fachmännisch geleiteter Betrieb mit geringen Unkosten bietet Ihnen beim Einkauf die grössten Vorteile.

Verlangen Sie unser unverbindliches Angebot. Besichtigen Sie unser Lager.

Gebrüder Leicher Möbelhaus Polsterwaren- u. Bettenfabrik
Oranienstr. Nr. 6.

Café Ritter, Unter den Eichen.

Abends ab 8 Uhr:

Grosse Unterhaltungs-Abende im Freien.

Leitung: Herr Kapellmeister Paul Freudenberg.
Conférencier: Ludwig Kepper, fr. Residenztheater.

Dienstag, 19. Juli: Hofopernsänger Max Haas und Opernsängerin Ina Menzel.

Mittwoch, 20. Juli: Konzertsängerin Hanni Bechter u. Opernsänger Herm. Endner.

Donnerstag, 21. Juli: Konzertsängerin Frl. Bechter u. Opernsänger Hans Bürger.

Freitag, 22. Juli: Hofopernsänger Max Haas und Opernsängerin Ina Menzel.

Eisschränke

zu besonders billigen Preisen.
Grösste Auswahl!
Bestes Fabrikat!
Schollenbergs 246
Küchen-Möbel-Haus
48 Friedrichstraße 48.
Fernsprecher 3010.

Flora-Palast

Palais de Danse

Vornehmstes Haus am Platze
Sillstraße 18. Telefon 1036.

Täglich abends ab 7 1/2 Uhr:

Großstadt-Betrieb

NB. Ausschankwein Glas Mk. 5.—

**Hof-Fotograf KURTZ
Olga Hasselmann-KURTZ**

acad. geb. Porträtmalerin

Ateliers: Friedrichstrasse 14. 407

In ausgezeichnete Qualität!

Frisch geräuchert, wieder eingetroffen:

Prima Dörrfleisch 1 Pfund Mk. 15.00
1a Rippenspeer 1 Pfund Mk. 17.00 u. 16.00
Feinstes Schweine-Schmalz 1 Pfund Mk. 12.50
Braten-Schmalz 1 Pfund Mk. 8.00

Futterheckers Lebensmittel-Haus

Michelsberg 21, Ecke Schulberg.

כשר

Koscher, frischgeschlachtetes, gemästetes

Rindfleisch jedes Pfund nur 8 Mk.

Ebenso prima Hammel- u. Kalbfleisch Pfd. 10 Mk.

Ferner empfehle:

Reife Ochsenleber, Lunge u. Herz, alles billig.

Spezialität: Pa. Mettwurst zum Schmeieren

Pfund 12 Mk.

Stets frisches Hackfleisch Pfund 10 Mk.

Reife Leberwurst Pfd. 6 Mk., Blutwurst Pfd. 5 Mk.

Hausm. Leberwurst Pfd. 10.—, Fleischwurst Pfd. 10 Mk.

Metzgerei Hirsch

61 Schwalbacher Str. 61.



3g. Pferdefleisch Pfd. 5.—

o. Knoch. u. Haut . . . 7.—

Fleischwurst . . . 4.—

Leberwurst . . . 3.—

Prima Mettwurst . . . 10.—

Rehler

Wilmundstraße 22.

Hühneraugen.

Dedurin hilft auch bei harter Haut, Schwielen u. Warzen über Nacht, in harten Fällen 3—4 Nächte. Pr. 5.— Mk. Erfolg garantiert. Alleinverkauf: [850] Schützenhof-Apothek, Langg. 11.

Sommersprossen, Flecke
werden von mir sicher entfernt, ebenso Warzen.
Haarentfernung durch Elektrolyse dauernd u. narbenlos.
Beste Erfolge. — Vorzögl. Referenzen.
Frau J. Haekmann, Friedrichstr. 43, 2.
Telephon 4723.



Klubessel

in bestem Rindleder, Cord und Gobelin.
Lieferung direkt ab
Spezialfabrik feiner Sitzmöbel
Berg & Co., Bismarckring 19

Ein Posten Gummimantel

gute Qualität, in solider Verarbeitung,

= äußerst preiswert =

Mk. 325.— Mk. 340.—

Heinrich Wels

Kirchgasse 64. 697

Großer

Fleischabschlag!

Prima Ochsenfleisch zum Kochen und zum 9 Mk.

Prima Kalbfleisch . . Pfd nur 9 u. 10 Mk.

Stets frisches Hackfleisch . Pfd. nur 10 Mk.

Ludwig Strauß

Oranienstraße 21.

Großer Fleisch-Abschlag

Rindfleisch zum Kochen und Braten ohne Unterschied

der Stücke per Pfund nur 6 Mk.

Ochsenfleisch zum Kochen und Braten,

aus Hälfte und Roastbraten nur 8 Mk.

Kalbfleisch für Ragout nur 9 Mk.

Kalbfleisch zum Braten nur 10 Mk.

Hackfleisch, Reiz frisch nur 10 Mk.

Hammelfleisch für Ragout nur 8 Mk.

Hammelfleisch zum Braten nur 10 Mk.

Mettwurst zum Schmeieren nur 14 Mk.

Nur Metzgerei Anton Gieser

Bismarckring 22, Ecke Blücherstraße.



Glänzend bewährt

haben sich die vorzüglichen und preiswerten Konservengläser, Sterilisierapparate, Gummiringe und Saftgewinner, Marke

WECK

Alleinverkauf 307
Wiesbaden zu Listenpreisen bei:

L. D. Jung

Telephon 218. Kirchgasse 47.
Weitere Verkaufsstellen bei:
Franz Fißner Nachf., Wellritzstr. 6.

Photograph. Apparate

(Reich-Werk), Möbel, Brillanten, Gold-, Silber-, Schmuckgegenstände kaufen zu zeitgemäßen Preisen

Zimmermann,

Webergasse 25. — Telephon 3253.
Postkarte genügt.

Erstklassige Liqueur u. Spirituosen Rhein-, Mosel-, Bordeaux- und Süd-Weine

bei 328
Erl. Marbury Weinhandlung u. Likörfabrik
Neugasse 1, Tel. 2069, Congr. 1852
Niederlage: Dellkat.-Haus Hillert, Kirchgasse 51.

Ankauf

von Gold-, Silber-, Platin-Gegenständen in jeder Form, Ringe, Ketten, Bekende, gold. Uhren, Service, alte Gefäße, einzelne Zähne, Brillanten usw. zu allerhöchsten Tagespreisen!
Auswärtige Sendungen werden postwendend erbetigt. Uhren werden bestens und preiswert repariert.

M. Ebbe, Moritzstraße 40.

Auf Wunsch persönlichen Besuch.

Plissieren

von Damenröcken. Mod. Muster nach Wahl. Schnellste Bedienung. (Evtl. innerhalb 24 Std. Auf Wunsch Abholen u. Ablieferung im Haus. Postk. genügt. Schweizer, Yorkstr. 1, Pt. r.

Beschädigte und stumpfe Kaffee-Mühlen

werden in meiner
Stahlwaren-Reparatur-Werkstatt tadellos instand gesetzt. Wandkaffee-Mühlen mit schlechtem Gußwerk erhalten bei mir neues Werk aus bestem Schmiedestahl. Auf teleph. Anruf werden alle Stahlwaren-Reparaturen frei abgeholt und zugestellt.

A. Eberhardt jun., Wiesbaden, Bismarckring 7. Fernruf 1245. 668

Altes Gold, Silber, Doublee,
Platin, Gold- u. Silbergegenst.
aller Art kauft höchstzahlend
M. Heine, Uhrmacher, Wellritzstr. 4.

Ankauf

von Kunstgegenständen
wie Antiquitäten, Gemälde, eingelegte Möbel, Miniaturen, nur echte Porzellane, besonders Perserteppiche u. Verbindungsstücke, wie auch Gold- u. Silberwaren u. ganze Nachl. Off. erb. an
Münchener Gewerbehau f. alte u. mod. Kunst
Kochbrunnenplatz 3. Auf Wunsch n. auswärt.

Stiller Teilhaber

mit RM. 60 000.— für Lebensmittelbranche bei hohem Gewinn und guter Sicherheit sofort gesucht. Offerten unter A. 768 an den Tagbl.-Verlag.

Für Erweiterung einer flott beschäftigten Lebensmittelfabrik wird

tätiger oder stiller Teilhaber

mit RM. 200 000 gesucht. Offerten unter A. 768 an den Tagbl.-Verlag.

Gegen Läuse

bei Hiegen und anderen Haustieren wirksames Mittel. Drogerie Arach, Wellritzstraße 27.



MARDEO-PERES
Uhrmacher
Eigene Reparaturwerkstatt
Luisenstraße 44, neben dem
Residenztheater, Telefon 5246.

Halb-Stores

Schreibensardinen, Bettdecken
in schöner solider Ausführung zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Wasser, Rheinstraße 79.

Weinbrand

Verschnitt
1/2 Fl. 22.—, 1/4 Fl. 13.50

Reiner Weinbrand

1 Stern 1/2 Fl. 24.—
2 Stern 1/2 „ 44.—
3 Stern 1/2 „ 48.—
1/4 „ 52.—

Drogerie Alexi Michelsberg 9, Tel. 652.

Neues Schlafzimmer, mehrfach preiswert zu verkaufen. Schreibertisch, Häute, Kleiderkasten 25.

Damen-Zimmer, best. a. Silber- u. Schreibstisch, Tisch, 4 Stühle, Ledensch. Teetisch, sul. 850 RM., Rohr-Tabakel. 150 RM., m. Bakel. Kom. u. Spiegel. 500 RM., Kinderbett mit Holzbaumtr. 200, Ded. bett 180 RM., Räderbeimer Straße 33, 1. Bd. Part. 1.

Engl. Speisejimm.

aus massivem Kuchb. besteh. aus Röhren, Kredenz, 2 Ausg., Tisch, 6 Leberst. Sofa in Umbau u. Teppich, sehr bill. zu verk. Räderbeimer Straße 33, 1. Bd. Part. 1. Fahrab. neu bezugs. zu verkaufen. Holland, Sedanstraße 5

Statt jeder besonderen Anzeige.

Die glückliche Geburt eines
prächtigen Mädchens

zeigen hochachtungsvoll an

Uli Kayser u. Frau Lotte, geb. Moog.

Traben-Trarbach, den 16. Juli 1921. 668

Dankfagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinsange unseres lieben Entschlafenen sagen wir hiermit allen unsren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Katharine Doll, Gneisenaustr. 33.

Zurückgekehrt:

Dr. Biermer

Zurückgekehrt

Sanitätsrat

Dr. Ahrens

Facharzt für Chirurgie.



Homogenisierte und sterilisierte 701

Vollmilch

naturrein, keimfrei
1-Liter-Dose Mark 8.—.

Dellkatessenhaus E. Hillert

Kirchgasse 51
u. Ecke Wörth- u. Jahnstr.

Sarglager

Friedrich Birnbaum

Schreinermeister
Oranienstraße 54.
Telephon 3041.

Erd- und Feuerbestattung.

Lieferant des Vereins für Feuerbestattung.
Lieferung 244
von u. nach auswärts.

Begr. 1866. Tel. 265.

Beerdigungs- Anstalten

Friede u. Pietät

Firma
Wolff Limbarth

Ellenbogengasse 8.

Gr. Lager in all. Arten

Holz- und Metall-Särge

zu besten Preisen.

Eigene Leichen-Wagen
und Kranwagen.

Lieferant des Vereins für Feuerbestattung

Lieferant d. Beamten-Vereins.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinsange meines lieben Mannes spreche ich allen meinen herzlichsten Dank aus, besonderen Dank Herrn Pfarrer Philippi für die trostreichen Worte am Grabe.

Frau Moritz Weinweber Wwe.
nebr. Kindern,
Helmundstraße 37.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Karl Reininger

sagen wir allen aufrichtigen Dank. Besonderen Dank der „Concordia“ für den erhabenden Gesang, der „Luzernergemeinde“ und seinen Kameraden.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Sonnenberg, 18. Juli 1921.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute morgen 9 Uhr entschlief sanft im 63. Lebensjahre nach kurzem Leiden meine liebe unbergeliche Frau, meine liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Katharina Judel geb. Baer.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:

Johann Judel.

Wiesbaden, 18. Juli 1921.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 3 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Am 17. d. M. verschied nach langem Leiden unser lieber, guter Bruder, Schwager und Onkel

Herr Julius Teutsch

im 74. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, 19. Juli 1921.

Die Beerdigung findet auf Wunsch des Verstorbenen in Fürtfeld (Rhein-
hessen) am Mittwoch, den 20. Juli,
nachmittags 3 1/2 Uhr statt.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag 2 Uhr entschlief sanft nach langem mit größter Geduld ertragenem Leiden unsere liebe treue Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Fräulein Mathilde Hilf

im 66. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Pauline Wolff, geb. Hilf Justizrat Hubert Hilf

Klause Henker, geb. Hilf Marie Hilf, geb. Reusch

Joseline Fachinger, geb. Hilf Selma Hilf, geb. Meyer.

Simburg, Wiesbaden, den 17. Juli 1921. 709

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme und für die herrlichen Blumenspenden, die uns anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Frau, unsrer guten Tochter dargebracht wurden, sagen wir allen unsren tiefgefühlten Dank. Ebenso danken wir der Gesangsabteilung der Freiwerkung herzlichst.

Walther Stod. Familie L. Lange.

Wiesbaden, den 19. Juli 1921.